

GÖAB-Bulletin 2|04

News und Infos der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen



Für Frieden und Selbstbestimmung im Nahen Osten



www.saar.at

Sehr geehrte Dame! Sehr geehrter Herr!

Ich habe in unserem letzten Bulletin an dieser Stelle die Befürchtung geäußert, dass bei anhaltender Krise im Nahen Osten weder die USA noch Europa davon völlig unbehelligt bleiben werden. Eine Binsenweisheit, könnte man sagen. Dennoch hat der schreckliche Terroranschlag in Madrid doch die meisten ziemlich überrascht. Damit ist also endgültig der islamistische Terror auch nach Europa überschwappt.

Die verantwortlichen europäischen Politiker haben sich im Rahmen der Europäischen Union auch bereits damit befasst und erste konkrete Maßnahmen gesetzt. Dies ist richtig und wichtig, es ist aber doch auch zu hoffen, dass man es nicht alleine bei sicherheitspolitischen Maßnahmen bewenden lässt. Dann macht man nämlich den Fehler, den die USA und auch ihr engster Verbündeter Israel machen, die USA seit dem 11. September, Israel leider bereits seit Jahrzehnten.

Es ist meiner Ansicht nach eine gefährliche Illusion zu glauben, dass man Phänomenen wie dem modernen islamistischen Terror alleine mit militärischen und sicherheitspolitischen Maßnahmen bekommt. Gewalt im Allgemeinen und Terror im Besonderen haben in den meisten Fällen ganz konkrete gesellschaftspolitische aber auch historische, kulturelle, religiöse und soziale Ursachen. Solange diese nicht analysiert und adäquat beantwortet werden, wird man eine tatsächliche Lö-

sung nie erreichen und immer nur Symptome bekämpfen.

Obwohl dies von manchen der Akteure und Beobachter nicht richtig zur Kenntnis genommen wird, spielt der seit fast einhundert Jahren ungelöste israelisch-palästinensische Konflikt eine ganz zentrale Rolle im Nahen Osten.

Spätestens seit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 und der von den meisten Arabern als schreckliche Demütigung empfundenen militärischen Niederlage im Jahr 1967 und den damit verbundenen Eroberungen arabischer Territorien (davon sind Ost-Jerusalem, die Westbank und der Gazastreifen sowie die Golanhöhen noch immer besetzt!) hat dieser Konflikt eine symbolische Bedeutung.

Breite Ablehnung der US-Besatzung

Die seit den Sechzigerjahren immer enger gewordene Allianz zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Israel hat trotz mancher strategischer Bündnisse einiger arabischer Staaten mit den USA zu einer weit verbreiteten Ablehnung der USA auf der »arabischen Straße« geführt. Dass die Aggressionen, die da oft den USA entgegengebracht werden, durchaus auch andere, hausgemachte, Ursachen haben, erklärt zwar manches, ist aber kurzfristig kaum veränderbar.

Der völkerrechtswidrige Angriff gegen den Irak und der, von einer klaren Mehrheit der IrakerInnen durchaus begrüßte Sturz der Saddamschen Diktatur hat hier kaum eine Verbesserung ge-

bracht, ganz im Gegenteil. Die mehr als ein Jahr nach der »Befreiung« des Irak dort herrschende chaotische und extrem gefährliche Situation hat die gegen die USA und deren Interessen herrschende Einstellung in der gesamten Region nur noch verstärkt.

Obwohl die von den USA geführte Besatzung im Irak zweifellos auch einige durchaus beachtliche Fortschritte gebracht hat, ist diese Besatzung selbst unter der irakischen Bevölkerung kaum beliebt. Bei einer jüngst durchgeführten Meinungsbefragung haben sich 50,9 Prozent der befragten IrakerInnen gegen die Präsenz der Koalitionstruppen ausgesprochen.

Engagement der UNO wesentlich!

Die Situation im Irak ist also alles andere als befriedigend und es ist zu befürchten, dass diese Instabilität unmittelbare Auswirkungen auf die gesamte Region haben wird. Der ungemein schwierige Balanceakt der internationalen Politik in den kommenden Wochen wird also darin bestehen, einerseits die USA und ihre Kriegskoalition nicht völlig aus der Verantwortung für die Situation im Irak und in der gesamten Region zu entlassen, andererseits aber eine politisch-diplomatisch-wirtschaftliche Basis für einen schrittweisen Wiederaufbau im Irak sowie eine Reduzierung der gefährlichen Spannungen in der gesamten Region zu schaffen.

Der vielgeschmähten UNO wird hier zweifellos eine entscheidende Rolle zukommen. Die am Irakkrieg unmittelbar nicht beteiligten Staaten, in erster Linie

also Deutschland, Frankreich, Japan, aber auch China und Russland, werden hier ebenfalls verstärkt ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale werfen müssen. Es ist zu hoffen, dass die USA einsichtig genug sein werden, einen derartigen Prozess zuzulassen.

In einem Wahljahr (im November stellt sich immerhin George W. Bush der Wiederwahl!) ist dies allerdings mehr als fraglich. Es wird also der internationalen Staatengemeinschaft wahrscheinlich nicht erspart bleiben, auch gegenüber den USA und dem Unilateralismus ihrer neokonservativen Führung Stärke, Konsequenz und auch Überzeugungskraft zu zeigen.

Angesichts der Lage im Nahen Osten hat sich die GÖAB in den letzten Wochen natürlich in erster Linie mit dem Irak und Palästina befasst. Sie finden in diesem Heft einige genauere Berichte über einzelne Aktivitäten. Nicht erwähnt wird diesmal unsere humanitäre Arbeit im bzw. für den Irak.

Die Vorbereitung unserer nächsten Mission nach Basra (diese soll nun endgültig Ende April stattfinden) hat uns natürlich in finanzieller und organisatorischer Hinsicht sehr beschäftigt. Einen ausführlichen Bericht werden Sie in unserer nächsten Ausgabe finden. In diesem Zusammenhang darf ich Sie eindringlich darum ersuchen, unser Projekt »Aladins Wunderlampe. Hilfe für krebskranke Kinder in Basra« weiterhin finanziell zu unterstützen! ❖

FRITZ EDLINGER
Generalsekretär

»Innehalten und Nachdenken«

Das schreckliche Zugattentat in Madrid und der darauffolgende erstaunliche Regimewechsel sollte dazu genützt werden, darüber nachzudenken, ob der »Krieg gegen den Terror« wie er seit dem 11. September 2001 definiert und ausgeführt wird, tatsächlich die effektivste Methode ist, sich mit einem Phänomen zu befassen, welches offensichtlich nicht verschwinden wird.

Einige provokante Denkanstöße von John V. Whitbeck.

Wenn ein Patient krank ist und ein Arzt, der die Ursache und Natur der Krankheit nicht erkennt, eine falsche Therapie verordnet, so riskiert er, den Patienten zu töten. Nach zweieinhalb Jahren »Krieg gegen den Terror«, welcher im Nahen Osten weitgehend als Ausweitung eines bereits lange geführten Krieges des Westens gegen Muslime oder, noch schlechter, als jüdisch-christlicher Kreuzzug gegen den Islam verstanden wird, ist es angebracht zu überlegen, ob nicht die anfängliche Diagnose und die darauffolgende Behandlung den Patienten eher tötet als ihn rettet.

Die »Lehren« der Anschläge vom 11. September 2001

Die amerikanische Bevölkerung ist notorisch unwissend über und uninteressiert an Geschichte – sogar an der absolut jüngsten Geschichte. Nur in den USA ist es möglich, dass Präsident George W. Bush nach der Eroberung des Irak mehr als einmal behauptet, dass er den Irak angegriffen habe, weil dieser UN-Waffeninspektoren nicht

zurück in das Land gelassen habe, ohne damit ernsthafte Fragen nach seiner Amtsfähigkeit auszulösen. Entsprechend haben Amerikaner die Tendenz, den 11. September als Blitz aus heiterem Himmel aufzufassen, als unerklärliches Phänomen, basierend auf purer Bösartigkeit, ausgeführt von Menschen, die aus einem unverständlichen, unvernünftigen und unheilbaren Fanatismus heraus, in keinem Zusammenhang zu irgendwelchen konkreten Missständen oder Absichten bereit sind, ihr Leben zu opfern. Wenige in den USA haben es gewagt, darauf hinzuweisen, dass die Attacken, so schrecklich sie auch gewesen sind, doch eine Antwort oder eine Reaktion auf die Politik der USA (oder Israels, welches von fast allen Muslimen und offensichtlich auch von der Mehrheit der Bevölkerung als ununterscheidbar von den USA angesehen wird) sein könnten.

Die unmittelbare amerikanische Antwort auf eine derart entsetzliche Gewalt bestand im Einsatz von größerer Gewalt, und die fortgesetzte amerikanische Reaktion auf die entstandene Angst infolge dieser Angriffe bestand darin, potenziellen Geg-

nern eine noch größere Angst zu machen. Dies hat sich als eine Aderlasskur für einen blutarmen Patienten herausgestellt.

Die Menschen in den Regionen fühlten sich als Muslime einem Jahrhundert der Eroberung, Kolonisierung, Besatzung und Erniedrigung durch Christen, Juden und den Westen ausgeliefert. Es begann zum Ende des Ersten Weltkrieges mit dem geheimen Sykes-Picot-Vertrag, mit dem die Briten und Franzosen den geschichtsträchtigen und wichtigsten Teil der Arabischen Halbinsel unter sich aufgeteilt haben, nachdem sie zuvor ihren arabischen Alliierten gesagt hatten, dass sie diese Gebiete von den unterdrückerischen Osmanen »befreien« würden. Danach kam die Balfour-Erklärung, in welcher Großbritannien versprochen hatte, Palästina, das ihnen gar nicht gehörte, herzugeben. Dies hatte die Vertreibung bzw. die Flucht ins Exil der meisten Palästinenser im Jahr 1948 zur Folge, danach den katastrophalen Junikrieg im Jahr 1967 und schließlich den Fall von Bagdad im letzten Frühjahr sowie zahllose andere Demütigungen im Laufe der Jahre.

Die Muslime haben keine »respektablen« oder »sozial akzeptablen« Methoden, sich zur Wehr zu setzen. Sie können nicht erobern, zurückschießen oder ihre Luftstreitkräfte gegen irgendwelche westliche Staaten ausschießen. Die einzige verfügbare Taktik ist »Terrorismus«. Wenn dieser »Terrorismus« richtig als eine brutale (aber nicht irrationale) Reaktion auf ein Jahrhundert der Eroberung, Kolonisierung und Demütigung verstanden würde und wenn die westlichen Verantwortlichen tatsächlich die »terroristischen« Bedrohungen ihrer Länder reduzieren und nicht nur einfach über die Runden kommen oder die Situation für politische Vorteile ausnützen wollten, um so die Implementierung bereits vorher bestehender Absichten besser durchsetzen zu können, dann wäre tatsächlich die absolut schlechteste Vorgangsweise eine Verschärfung und Intensivierung genau jener Ursachen der Frustration und Wut durch Eroberung, Kolonisierung, Besatzung und Demütigung gewesen. Genau das aber wurde getan.



Politik des Westens provoziert weiteren Terrorismus

Weise und kluge Menschen versuchen, bestehende Missstände zu lindern, nicht zu verschärfen. Die willkürliche israelische und amerikanische Haltung ist, dass eine Beendigung oder Korrektur ihrer Politik eine »Belohnung des Terrorismus« darstellen würde. Mag sein, aber wäre es nicht eine zu bevorzugende Alternative, Missstände zu lindern und dadurch Ungerechtigkeit und Terrorismus zu reduzieren und somit einen Teil der Welt lebenswerter und weniger furchterregend zu machen? Unter den gegebenen Bedingungen liegt es einfach im Eigeninteresse, die richtigen Dinge zu tun, wenn auch verspätet und aus welchen Motiven auch immer. Die spanischen Wähler scheinen dies begriffen zu haben. In diesem Zusammenhang verspricht die jüngst proklamierte amerikanische Absicht, die möglicherweise noch von den Europäern unterstützt wird, »das Aussehen des Nahen Ostens neuordnen zu wollen«, spektakulär kontraproduktiv zu werden. Diese Neuordnung soll natürlich die Region weniger bedrohlich für Amerika und indirekt für Israel machen.

Wiederum aus dem Blickwinkel der Region betrachtet, besonders jener Menschen mit Zugang zu westlichen Medien, kann man leicht den Eindruck erhalten, dass in westlichen Augen jüdisches und christliches Leben von unschätzbarem Wert sind, während muslimisches Leben keinen wie immer gearteten Wert hat. Es ist wert, sich in diesem Zusammenhang an die Aussage der damaligen US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Madeleine Albright, zu erinnern, als sie im Dezember 1996 meinte, dass der von UNICEF berichtete Tod

von mehr als 500 000 irakischen Kindern infolge der UN-Sanktionen »ein gerechtfertigter Preis« für Amerikas Irakpolitik sei. Diese Erklärung provozierte keinerlei Empörung in den USA, im Gegenteil, einen Monat später wurde sie Außenministerin.

Unnötig zu sagen, dass der Tod von knapp weniger als 3 000 Amerikanern ein viel zu hoher Preis für die gesamte amerikanische Nahostpolitik war – ein Ereignis, welches »die Welt für immer verändert hat« und das als Rechtfertigung für die Tötung von viel mehr als 3 000 Afghanen und noch viel mehr Irakern, für die Eroberung von zwei weiteren islamischen Staaten und die Zerstörung von grundsätzlichen Normen des internationalen Rechts, welches sorgfältig über einen Zeitraum von mehr als einem Jahrhundert entwickelt worden war, gebraucht worden ist. Das ist zweifellos keine Vorgangsweise, mit der man Herzen und Hirne gewinnt.

Wenn die westlichen Länder wirklich die gewaltsamen muslimischen Reaktionen auf westliche Politiken eindämmen möchten, müssen diese ihr Verhalten ändern. Sie müssen das Prinzip, für welches die Vereinigten Staaten von Amerika einmal vorgehen zu stehen, nämlich dass alle Menschen gleich und mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet seien, ernst nehmen und damit beginnen, Muslime (besonders die lange missbrauchten Palästinenser) als Menschen zu behandeln, welche einen Anspruch auf grundlegende Menschenrechte haben.

Terrorismus als »praktisches« Problem betrachten

Das Problem »Terrorismus« kann als moralisches Problem betrachtet werden, als

eine Geißel, für die es kein Verständnis geben kann und für die Erschütterung, Abscheu und übermächtige Gewalt die einzigen Reaktionsmöglichkeiten darstellten. Diese Vorgangsweise ist nun zweieinhalb Jahre praktiziert worden. Sie ist gescheitert und es besteht keine Veranlassung zur Annahme, dass »ein Mehr vom Selben« erfolgreich sein wird.

Im Gegenteil, man könnte das Problem als ein praktisches betrachten. Welche Methoden könnten am ehesten geeignet sein, die Gewalt, die nie völlig ausgelöscht werden kann, auf ein annehmbares Maß zu reduzieren? Der Westen könnte einen ernsthaften und dauerhaften Versuch zur Reduzierung der Ungerechtigkeiten, welche die Wut speisen, die ihrerseits den »Terrorismus« hervorbringt, unternehmen, beginnend mit der krebbsartigen 37-jährigen Besetzung Palästinas. Dies wurde noch immer nicht versucht. Man sollte es.

Seit dem 11. September 2001 haben die Vereinigten Staaten die Welt genau in die

falsche Richtung gedrängt, mit der Garantie, eine bereits hässliche und gefährliche Situation noch zu verschlechtern. Realistischerweise kann man von den USA, noch dazu in einem Wahljahr, nicht erwarten, die Initiative zur Änderung des Kurses zu ergreifen. Könnte nicht Europa, welches sowohl besser über die Geschichte informiert ist als auch dem Nahen Osten näher steht, sich von den spanischen Wahlen inspirieren lassen und die Welt in die richtige Richtung führen?

Die Welt steht an einer Weggabelung. Dies sollte der Augenblick zum Innehalten sein, um ernsthaft über die Gefahren, die vor uns liegen, nachzudenken und sich leidenschaftslos zu fragen, ob es da nicht einen besseren Weg in die Zukunft gibt. ❖

Dr. JOHN V. WHITBECK ist Völkerrechtsexperte und bestens mit dem Israel-Palästina-Konflikt vertraut. Er lebt in Paris und Saudi-Arabien.

E-Mail: jvwhitbeck@awalnet.net.sa

Übersetzung: Fritz Edlinger



International

- Österreichs Zeitschrift für internationale Politik – seit 25 Jahren!
- regelmäßige Analysen und Interviews über den Nahost-Konflikt

Bitte fordern Sie ein aktuelles Probeexemplar an!

Redaktionsadresse:
International
Stutterheimstraße 16-18/2/5, 1150 Wien
E-Mail: international-office@gmx.net

Europa unterstützt indirekt die israelische Besatzungspolitik!

GÖAB-Generalsekretär Fritz Edlinger verurteilt Boykott des Hearings des Internationalen Gerichtshofes

Die De-facto-Unterstützung, die führende europäische Politiker der Verweigerung der israelischen Regierung, an dem vom Internationalen Gerichtshof für kommende Woche angesetzten Hearing über den Bau des sogenannten Sicherheitszaunes teilzunehmen, zukommen haben lassen, ist unverständlich und absolut kein konstruktiver Beitrag zur Verbesserung der Situation im Nahen Osten, stellte der Generalsekretär der »Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen« (GÖAB), Fritz Edlinger, in einer Presseaussendung fest. Er sei zutiefst enttäuscht über diese Haltung, welche offensichtlich auch von der Österreichischen Bundesregierung geteilt werde. Damit sei auch die traditionelle Position Europas, eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes auf Basis des Völkerrechts herbeiführen zu wollen, ernsthaft infrage gestellt, immerhin habe sich der Internationale Gerichtshof dieser Frage auf Verlangen der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen.

Der »Sicherheitszaun« schafft unwiderrufliche Tatsachen

Wie auch einer Stellungnahme des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu entnehmen ist, stellt dieser Bau eine eindeutige Verletzung des Völkerrechtes dar.

Angesichts der unverhohlenen Absichten der israelischen Regierung, einseitig und ohne weitere Verhandlungen mit der palästinensischen Seite beträchtliche Teile der besetzten Westbank annektieren zu wollen, stellt dieser Zaun kaum eine Sicherheitsmaßnahme als vielmehr den Versuch einer definitiven Grenzziehung dar. Es wurde bereits wiederholt darauf hingewiesen, auch in Stellungnahmen der israelischen Friedensbewegung, dass die israelische Regierung ganz offensichtlich vorhabe, die durch den internationalen Kampf gegen den Terror und den Sturz der irakischen Diktatur entstandenen Chancen kompromisslos zu ihrem Vorteil auszunutzen. Der »Sicherheitszaun« stelle daher einen weiteren Schritt zur Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus ihrer Heimat und zur Schaffung eines kolonialistischen »Großisrael« dar, führte der GÖAB-Generalsekretär weiter aus. Es sei daher tatsächlich weit angebrachter, von einem »Apartheidwall« zu sprechen.

Abgesehen von diesem abermaligen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und gegen zahllose UN-Resolutionen füge dieser Mauerbau zehntausenden PalästinenserInnen neuerliches Unrecht und kaum bezifferbaren Schaden zu. Der Mauerbau wird nahezu 1 000 km² palästinensischen Territoriums mehr oder minder un-

widerruflich dem Staat Israel einverleiben – »natürlich« gewaltsam und ohne jegliche Kompensation – und rund 400 000 PalästinenserInnen von ihren traditionellen Lebensgrundlagen wie Feldern, Brunnen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen abtrennen. Es sei Zynismus pur, wenn der israelische Ministerpräsident Sharon nun offensichtlich noch vorhabe, diesen Mauerbau großteils mit US-amerikanischem Geld finanzieren zu wollen.

Klare Haltung Europas notwendig!

Angesichts dieses klaren und leicht zu durchschauenden Konzeptes der israelischen Regierung und der leider zu erwartenden Nachgiebigkeit seitens der US-Re-

gierung ist daher die jüngste europäische Haltung in höchstem Maße enttäuschend und von der traditionellen europäischen Nahostpolitik abweichend. Er fordere daher die zuständigen Organe der Europäischen Union auf, diese indirekte Unterstützung der israelischen Besatzungs- und Vertreibungspolitik zurückzuziehen. Von der Österreichischen Bundesregierung erwarte er sich ebenfalls eine Stellungnahme, welche den völkerrechtswidrigen Charakter dieses Mauerbaues verurteile und eine Rückkehr zu direkten politischen Verhandlungen auf Basis der einschlägigen UN-Resolutionen wie 242 und 338 verlange, erklärte Fritz Edlinger abschließend. ♦

Wien, 20. 2. 2004

Die Friedenskundgebung am Stephansplatz in Wien am 20.3.2004

Zusammenfassung der Rede von Fritz Edlinger

Auf den Tag genau vor einem Jahr gab US-Präsident George W. Bush den Angriffsbefehl auf den Irak. Damals wurden im wesentlichen drei Kriegsgründe genannt:

- Die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak und die Gefahr der Weiterverbreitung an terroristische Organisationen.
- Die Unterstützung des internationalen Terrornetzwerkes durch das irakische Regime.
- Der Kampf für Demokratie im Irak und im gesamten Nahen Osten.

Was hat sich davon bewahrheitet bzw. wie sieht es heute im Irak aus:

- Die Sache mit den Massenvernichtungswaffen hat sich längst als Propagandalüge herausgestellt, ebenso die Zusammenarbeit des gestürzten irakischen Regimes mit terroristischen Organisationen wie Al-Kaida.
- Der »befreite« Irak ist inzwischen zum Tummelplatz internationaler Terroristen geworden, auch die Situation in der gesamten Region aber auch darüber hinaus (siehe Attentat



Fritz Edlinger bei der Friedensdemonstration

in Madrid) ist eher unsicherer geworden.

- Von Demokratie im Nahen Osten ist bislang kaum etwas zu sehen.

Die Grundproblematik der US-Nahostpolitik ist nach wie vor deren Doppelstandard. Auf der einen Seite gibt es Staaten, die mehr oder minder einen Freibrief haben, zu tun, was sie wollen, wie Israel, auf der anderen Seite werden Länder massiv unter Druck gesetzt und unter Missachtung von völkerrechtlichen Normen bedroht und erpresst, wie zuletzt wiederholt der Iran und Syrien.

In diesem Kontext kann die Ankündigung einer Greater Middle East Initiative seitens der Vereinigten Staaten für die meisten Menschen im Nahen Osten nur als gefährliche Drohung aufgefasst werden.

Zurück zur Situation im Irak:

Zweifellos ist der Sturz der Diktatur Saddam Husseins zu begrüßen und hat das irakische Volk von einer schrecklichen Herrschaft befreit.

Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, dass es bereits einige Ansätze zur Schaffung von demokratischen Strukturen gibt. Dies ist auf der Habenseite zu verbuchen.

Leider gibt es aber auch eine Vielfalt von bedrohlichen und gefährlichen Entwicklungen:

- Die extreme Unsicherheit, den weitverbreiteten Terror, habe ich bereits erwähnt.
- Die politische Situation ist sehr instabil, es besteht die Gefahr eines Bürgerkrieges.
- Die Versorgungslage mit Gütern wie Elektrizität, Wasser etc. ist sehr schlecht,

teilweise sogar schlechter als noch vor dem Krieg.

- Trotz anderer Behauptungen und der einen oder anderen regionalen Ausnahme ist die Besatzungsmacht nach wie vor primär damit beschäftigt, ihre eigenen Positionen zu behaupten bzw. sich selbst zu schützen.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich klar und unmissverständlich von individueller Gewalt und Terror distanzieren. Durchaus legitim halte ich allerdings den politischen Widerstand einzelner Gruppen im Irak gegen die US-amerikanische Besatzung. Wie schädlich und verbrecherisch Terror ist, zeigt auch die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Opfer von Anschlägen Irakerinnen und Iraker sind.

Was kann die Zukunft bringen?

Eine längerfristige US-amerikanische Besatzung des Irak (siehe Pläne zur Errichtung der größten US-Botschaft der Welt!) ist auf jeden Fall abzulehnen.

Es wird Zeit, dass sich jene, die sich dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verpflichtet fühlen, organisieren und der US-Besatzung entgegenreten. Die heutigen Demonstrationen auf der ganzen Welt sollen diese Mobilisierung unterstützen bzw. zum Ausdruck bringen. Die Zeichen stehen gar nicht so schlecht, wenn man das Ergebnis der jüngsten Wahlen in Spanien betrachtet. Diese Wahlen haben auch gezeigt, dass man nicht ungestraft gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des eigenen Volkes Politik machen darf. – Weder in Europa noch im Irak.

Im Sinne der Wiederherstellung des Völkerrechtes und einer weniger gewaltsamen Konfliktlösung kann es daher nur eine Losung geben: Beendet die völkerrechtswidrige Besatzung und gebt dem irakischen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung und auf die Verfügung über seine eigenen Ressourcen zurück! ❖

Wien, 20. 3. 2004

Die Verantwortlichen am Mord an Scheich Jassin müssen zur Rechenschaft gezogen werden !

Presseaussendung

Die kaltblütige Ermordung des Gründers und religiösen Führers der Hamas, Scheich Ahmed Jassin, sei ein Verbrechen, das durch nichts zu rechtfertigen sei,

erklärte der Generalsekretär der »Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen«, Fritz Edlinger. Die israelische Regierung habe damit neuerlich bewiesen,

dass sie nicht bereit ist, sich an international anerkannte Rechtsnormen zu halten. Er erwarte sich von der internationalen Staatengemeinschaft, dass sie nicht nur dieses Verbrechen verurteile sondern – wie auch in vergleichbaren Fällen zuvor (siehe Jugoslawien) – jene Politiker, welche den Mordbefehl erteilt haben, persönlich zur Verantwortung ziehe. Dies betreffe in erster Linie den israelischen Ministerpräsidenten Arik Sharon aber sicherlich auch die Angehörigen des sogenannten israelischen Kriegskabinettes.

Zur Vermeidung von mehr oder minder bewussten Missverständnissen betonte der GÖAB-Generalsekretär, dass er natürlich jede Art von Terror und individueller Gewalt ablehne. Dies gelte für Selbstmordattentate verzweifelter und irgeleiteter Menschen genauso wie für den gezielten Mord im Auftrag von Staatsterroristen. Diese wie jene müssten zur Verantwortung für ihre Taten gezogen werden.

Abgesehen vom kriminellen Aspekt dieses Mordes verurteile er auch das dahinterliegende politische Konzept auf das schärfste. Es sei ganz offensichtlich, dass es der gegenwärtigen israelischen Regierung nicht um eine Entspannung und um eine politische Lösung gehe sondern vielmehr um eine weitere Eskalierung. Diese von Generälen geführte Regierung kann offensichtlich nur in kriegerisch-gewaltsamen Kategorien denken und für sie geht es anscheinend darum, das palästinensische Volk ein für allemal zu besiegen, um ihm seinen Willen aufzuzwingen zu können.

So wie niemand der israelischen Regierung die unmittelbare Verantwortung

für diesen kaltblütigen Mord abnehmen wird, so müsse man – gerade nach einem derartigen Verbrechen – auch die mittelbaren Verantwortlichen beim Namen nennen: Präsident George W. Bush und seine neokonservative Administration. Der von der US-Regierung seit mehr als zweieinhalb Jahren betriebene »Kreuzzug gegen Terrorismus« und die ständige politische, diplomatische, militärische und letztlich auch finanzielle Unterstützung der israelischen Besatzungspolitik hat bei politischen Kriminellen à la Sharon die letzten Hemmungen fallen lassen. Im Schatten des US-Kreuzzuges führen sie nun brutal und unter Missachtung der fundamentalsten Menschenrechte ihren Kreuzzug gegen das palästinensische Volk.

Es wird Zeit, dass sich die internationale Staatengemeinschaft klar über den Charakter der gegenwärtigen israelischen Regierung wird, und dass sie die entsprechenden Konsequenzen daraus zieht. Er fordere daher von der Europäischen Union aber auch von der Österreichischen Bundesregierung eine unmissverständliche Verurteilung der seit Jahren von der israelischen Regierung eingesetzten Methode der »außergerichtlichen Tötung« sowie bis zur restlosen Aufklärung der Verantwortlichkeiten des Mordes an Scheich Jassin auch eine Suspendierung aller bilateralen Verträge und Vereinbarungen, welche ein gewisses Mindestmaß an Menschenrechtsstandards voraussetzen, wie z. B. die verschiedenen wissenschaftlichen Kooperationsverträge, schloss Fritz Edlinger. ❖

Wien, 22.3.2004

GESELLSCHAFT FÜR ÖSTERREICHISCH-ARABISCHE BEZIEHUNGEN
SOCIETY FOR AUSTRO-ARAB RELATIONS

Statterweinstrasse 16-18/2/5 • A-1150 Wien
Tel.: (+43-1) 526 78 10 • Fax: (+43-1) 526 77 99
E-Mail: office.wien@aooar.at • Internet: www.saar.at



An
Herrn Dhia Al Dabbas
Repräsentant des „Hohen Rates der
Irakischen Revolution“ in Österreich

Wien, 3.3.2004

Sehr geehrter Herr Dhia,
lieber Freund!

Mit großem Entsetzen haben wir von den verbrecherischen Attentaten auf schiitische Pilger und Gläubige in verschiedenen heiligen Stätten im Irak zum Ende des Ashurafestes gehört, die weit mehr als 200 Menschen das Leben gekostet haben. Wir verurteilen diese Aktionen verantwortungsloser Terroristen auf das Schärfste und möchten Ihnen, als Vertreter des Obersten Rates des Islamischen Widerstandes im Irak, unsere innige Anteilnahme übermitteln.

Wir hoffen, dass das irakische Volk im Allgemeinen und seine schiitische Mehrheit im Besonderen sich und verantwortungsbewusst sein werden, diese gezielte Provokation nicht mit Gegengewalt zu beantworten. Das irakische Volk verdient nach Jahrzehnten von Unterdrückung und Krieg endlich eine Periode der Selbstbestimmung und des friedlichen Aufbaues. In diesem Zusammenhang muss eindeutig auch auf die Verantwortung der Besatzungsmächte hingewiesen werden, die für die Sicherheit der irakischen Bevölkerung notwendigen Maßnahmen zu setzen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit neuerlich unsere Anteilnahme und Solidarität mit dem irakischen Volk bekräftigen.

BM a.D. Karl Blocha
Präsident


Fritz Edlinger
Generalsekretär

Die palästinensischen Opfer der israelischen Besatzung

Seit Ausbruch der zweiten Intifada am 28. September 2000 (der unmittelbare Auslöser: der provokante Besuch des damaligen israelischen Oppositionsführers Sharon auf dem Haram Al-Sharif) bis zur gezielten Exekution des geistigen Führers der Hamas, Scheich Ahmed Yassin, am 21. März fielen den Angriffen der israelischen Armee auf palästinensische Städte und Dörfer insgesamt 2936 Menschen zum Opfer, davon waren 541 Kinder unter 17 Jahren und 189 Frauen. 87 Todesopfer waren zu beklagen, da ihnen eine rechtzeitige medizinische Betreuung verwehrt worden ist, darunter 30 Kinder, davon wiederum 20 (!) Neugeborene. Dies bedeutet,

dass in den vergangenen 42 Monaten durchschnittlich pro Tag knapp drei PalästinenserInnen dem israelischen Staatsterror zum Opfer gefallen sind.

In eine ganz besondere Kategorie gehören die 327 von der israelischen Armee »extralegal« ermordeten PalästinenserInnen. 160 davon waren unschuldige Passanten, davon 37 Kinder und 25 Frauen. So sehr diese Verbrechen der israelischen Besatzungsmacht an der palästinensischen Bevölkerung auch zu verurteilen sind, so rechtfertigen diese Methoden individuellen Terror gegenüber der israelischen Bevölkerung natürlich nicht. Beides sind Verbrechen, die auf das schärfste zu verurteilen sind. ❖

Tarek Yehia Nasr



Lieferbare CDs:
Piano Compositions, Vol. 1
Blue Earth: Elektronische Musik

Preis: je 15,- €
E-Mail: shop@tarekmusic.com
Web: www.tarekmusic.com

Ein nicht-kommerzielles Nachrichtenportal
ist online:

www.al-asr.net

Seit wenigen Monaten ist mit www.al-asr.net ein nicht-kommerzielles Nachrichtenportal online. Der Fokus liegt in der redaktionellen Berichterstattung über die islamische Welt, den Islam und aktueller Meldungen aus Österreich mit Schwerpunkt Asyl und Integration. Ein weiterer Bestandteil des Portals sind subjektive Meinungen, Interviews und Gastkommentare. Im Gegensatz zu vielen anderen Medien wagt die Webseite laut Eigendefinition „den Tabubruch und kritisiert dort, wo Menschen Unrecht getan wird.“

Highlights sind unter anderem Interviews mit Peter Pilz, Fritz Edlinger und Dr. Hoibiger, sowie Sonderbeiträge zum Irak-Krieg, dem Palästina-Konflikt, Ägypten und der Krise im Iran. Der Faktor „Community“ wird mit einem großen Angebot an Hyperlinks, TV-Empfehlungen, Eventtips und ähnlichem nicht außer Acht gelassen.

Der Name Al-Asr leitet sich von der gleichnamigen Koran-Sure ab, welche übersetzt soviel wie „Zeit“ oder „Zeitalter“ bedeutet. Die drei Schlagworte Liberal, Kritisch und Objektiv sind die wichtigsten Säulen des Portals. Liberal steht für eine von Personen oder Organisationen unabhängige Recherche ohne jegliche politische oder sonstige Beeinflussung. Kritisch werden die Informationen hinterfragt und erst danach objektiv für den Leser aufbereitet.

Nach einer langen Testphase ging der 20-jährige Medienmanagement-Student Karim Saad mit der Webseite online: „Schon seit langem plane ich ein solches Projekt zu realisieren. Wir sehen es als unsere Pflicht an, kritisch zu informieren und den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern.“

العصر
Liberal, Kritisch, Objektiv

Kontakt:

Karim Saad
Postfach 3
A-3495 Rohrendorf
Tel.: +43 (0)699 1031 96 95
E-Mail: office@al-asr.net
Web: www.al-asr.net



Zeitlose Stadt – Zeitgenössische Kunst

Der folgende Bericht stammt von **Georg Molterer**, welcher seit einigen Monaten seinen Auslandszivildienst im Rahmen der GÖAB versieht.

Al-Ma'mal – Foundation for Contemporary Art ist den regelmäßigen Lesern des Bulletins sicher ein Begriff. Unsere Zusammenarbeit mit der in der Altstadt von Jerusalem gelegenen Galerie und Institution besteht seit ihrer Gründung 1998. Der Schwerpunkt liegt einerseits in der Finanzierung und Organisation einzelner Projekte, andererseits wird von uns alle 14 Monate ein Zivildienstler entsandt, der Al-Ma'mal als Mitarbeiter zur Verfügung steht.

Mit Jahresanfang 2004 wurden einige Projekte neu ins Leben gerufen, andere wieder aufgegriffen und weitergeführt. Als einmalige Veranstaltung wurden vom 17. bis zum 21. Februar unter dem Titel »Video program in Palestine« vier Filme, zwei Kurzfilme und eine Videoinstallation gezeigt. Diese Veranstaltung, entstanden in Zusammenarbeit mit Ashkal Alwan – Beirut, findet auch in Bethlehem und Ramallah statt und beinhaltet Arbeiten von Künstlern aus dem gesamten arabischen

Sprachraum, hauptsächlich aber aus dem Nahen Osten.

Vermittlung von Kunst

Mit einer Präsentation von Faten Nestas wurde Anfang Jänner die »Meet the Artist« Veranstaltungs- und Diskussionsreihe eröffnet. Im Zuge dieses einmal monatlich stattfindenden Abends stellen renommierte lokale Künstler interessiertem Publikum ihre Arbeit vor. Anschließend daran gibt es eine offene Diskussion, die sich einerseits mit dem Schaffen des Künstlers, andererseits mit für die lokale Kunstszene aktuellen Themen auseinandersetzt.

Nachdem Al-Ma'mal in den letzten Jahren erfolgreich eine Reihe von Kunstworkshops für Kinder und Jugendliche abgehal-

ten hat, war es an der Zeit, einen Schritt weiterzugehen. Anstatt wie bisher den Jugendlichen jeweils nur einen mehrwöchigen Workshop zukommen zu lassen, wurden Teilnehmer der vergangenen Workshops kontaktiert und zum »Advanced Art Workshop« eingeladen. Während der nächsten Monate sollen die bisher erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse vertieft und erweitert, sowie neue Ausdrucksmedien gefunden und der Zugang zur zeitgenössischen Kunst weiter geöffnet werden.

Nach diesem viel versprechenden Start sind außerdem einige Projekte in Zusammenarbeit mit der GÖAB in Verhandlung, die im Laufe des kommenden Jahres umgesetzt werden sollen. ❖

GEORG MOLTERER



Al-Ma'mal Kunstworkshop für Kinder und Jugendliche

**Zwischen dem 1. Jänner und dem 2. April 2004
haben wir wieder zahlreiche Spenden erhalten. Wir danken den nachstehend
angeführten Damen und Herren, aber auch den anonymen Spenderinnen und
Spendern, recht herzlich für ihre Unterstützung.**

Dr. Farouk Abouzeid, St. Michael
LAbg. Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi, Wien
Eva Alber, Villach
Dr. Sami Ayad, Wien

Dr. Evelyn Bader-Birzele, Graz
Dr. Talal Bamieh, Eisenstadt
Gerhard Bauer, Wien
Friederike Baumann, Linz
Jaleh und Axel Bernd Baumer, Elmshorn, D
Angelika und Dr. Leo Bazant, Hegemark, Baden
Anna Benedikter, Dornbirn
Dr. Georg Bilek, Wien
Bischöfliches Generalvikariat, Trier, D
BORG Güssing
Erna Böck, Wildendürnbach
MEP Herbert Bösch, Bregenz
Michael M. Moschner, Parndorf
Univ.-Prof. Dr. Gerhard Breitenecker, Wien
Dr. Johannes Bruck, Wien
Ing. Heinrich Brugger, Steyr

Marija Cancar, Wien
Prim. Dr. Mohammed Charkasi, Eisenstadt
Mag. Claude Clemenz, Wien
Botschafter Dr. Clemens Coreth, Oman
Friederike Costan, 5571

Dr. Maher S. Damen-Barakat, Wien
Dr. Erika Danneberg, Wien
Manfred Dönz, Schruns
Fam. Anna und Mag. Oskar Dür, Graz

Karin Eder, Graz
Monika Egger, Hotel Regina, Seefeld
Dkfm. Othmar Eichinger, Deutsch Wagram
Ulrike Eigner, Wien

Ulrich Eise, Innsbruck
Maysara El-Masri, Wien
Somaia Elzeftawy, Wien
Helga Endres, Kisslegg, D
Heinz Erdmann, Wien
Gudrun Ertl, Peggau

Fachschaft Evang. und Kath. Religion der
Pestalozzi Realschule Mosbach
Mag. Herbert Falkner, Wien
Irmgard und Michael Falkensammer, Wels
Dr. Bernhard Feichtinger, Salzburg
Förderverein für sprachbeh. Kinder,
Pforzheim, D
Dr. Nora Fourmy, Wien
Med.Rat Dr. Kurt Frank, Guntramsdorf
Maria Füreder, Linz

Franz Gall, Wilhering
Martina Ganster, Dürn-Breitenbrunn, D
Monika Garbeis-Duelli, Kematen
Dr. Mertin Gareiss, Lilienfeld
Dr. Christian Gerhardus, Wien
Eduard Giffinger, Wien
RR Werner Giffinger, Haslau
Dr. Maria Girgis, Wildungsmauer
Elisabeth Gollackner, Bad Gastein
Dr. Wolfgang L. Gombocz, Kainbach
Dr. Georg Gombos, Klagenfurt
Josef Grausgruber, Taufkirchen
Dkfm. Dr. Ernst Grill, Linz
Lieselotte Grohs, Wien
Helene Grünberger, Wien
Elisabeth Gschaider, Wien

Charlotte Haasse, Wien
Dr. Wolfgang Hämmerle, Lustenau

Dipl.-Ing. Ahmed Hameed, Wien
Dr. Ilse Hanak, Salzburg
DDr. Ingeborg Harum, Wien
MR Dr. Franz Hasenschwandtner, Bad Leon-
felden
Alois Hasler, Judenburg
Mag. Edith Haslinger
Jeannette und Dr. Robert Hauger, Aachen, D
Peter Hauptmann, Graz
Univ.-Doz. Dr. Robert Hawliczek, Wien
Werner Heinz, Wien
Lea und Markus Held, Zorneding, D
Friedrun Helgert, Wien
Hofrat Dr. Jens Hensen, Anif
Konsul Dr. Wilhelm Hendricks, Wien
Karl-H. Hense, Halle, D
Mag. Klau Herndl, Wien
Prim. Dr. Ingomar Heuberger, Linz
Margit Höck, Dotternhausen, D
Dr. Inge Höfer, Wien
Wilma Hoekstra, Aachen, D
Werner Hörtnner, Wien
Ing. Helmut Holeyus, Wien
Dipl.-Ing. Reimar Holzinger, Wien
Dr. Richard Hornich, Wien
Hedda Hoyer, Wien
Dr. Manfred Huber, Salzburg
Dr. Markus Huber, Bad Höring

Initiative 22, Wien

Dr. Asis Jahjah, Siegendorf
Sigrid Juen, Feldkirch
Hofrat Dr. Ermar Junker, Wien

Farouk Kandil, Wien
Dr. Abdel Gabor Kanout, Wien
Anton Kapl, Bad Leonfelden
Mag. Awni Karaman, Perchtoldsdorf
Karmelitenkonvent zur Hl. Theresia, Inns-
bruck
Dr. Otto und Christine Kaspar, Innsbruck
Katholische Frauenbewegung Sand in Taufers,
Südtirol
Dr. Otto Keimel, Innsbruck

Dr. Willibald, Kelz
Dr. Heinrich Klaus, Mannersdorf
LAbg. Marianne Klicka, Wien
Rita Klicpera, Wels
Otto Klohna, Wien
Dr. Robert Kobau, Klagenfurt
Rosa Kocar, Wien
Edith Kogelbauer, Wien
Sonja Kohl, Bad Vöslau
Univ.-Prof. Dr. Walter Koller, Wien
Ing. Walter Kollmann, Hard
Peter Kraus, Mödling
Kreuzschwestern der Barmh. Schwestern, Linz
Univ.-Doz. Dr. Heinz Kuderna, Wien
Edith Kuna, Wien
Agnes Kundigraber, St. Margarethen

Dipl.-Ing. Josef Ladanyi, Wien
Manaa und Laroussi, Weinstadt, D
Elfriede Leimgruber, Mattsee
Engelbert Lenze, Geske, D
Karl Leyrer, Gleisdorf
Lieselotte Lichtenegger, Wien
Thomas Loeffke, Berlin, D

Prof. Dr. Franz Mandl, Graz
Thomas Matzek, Wien
Editha Meixner, Knittelfeld
Dr. Winfried Metzler, Feldkirch
Dr. Wolf-Dieter Mirota, Staatz
MR Dr. Gerhard Mitschanek, Linz
Franz Moosbrugger, Au
Heinz Morgan, Wien
Dr. Wolfgang Moser, Wolfsbach
Dr. Siegbert Müller, Wien

Dr. George Nicola, Wien
Robert Niederer, Wien

Oblatinnen des Hl. Franz von Sales, Linz

MR Dr. Heribert Patoschka, Alt Nagelberg
Gerfried Patter, Hart bei Graz
Dr. Christiane Pechlaner, Innsbruck
Alois Petautschnig, St. Georgen

Mag. Erhard Petzel, Salzburg
Pfarre UNO-City, Wien
Prim. Dr. Alfred Plesser, Tulln
Wolfgang Pluskal, Graz
Raimunda Poellath, München, D
RA Dr. Thomas Prader, Wien
Anna Maria Praschl, Linz
Dr. Alois Puntigam, Graz

Liliana Raimerth, Wien
Peter Rath, Wien
Hans Raugger, Zirl
Fam. Reimeir, Kolsass
Ingrid Reiningger, Wien
Heergard und Dr. Wolfgang Retting, Kirchheimbolanden, D
Viktoria Ribisch, Wien
Dr. Christoph Rieder, Wien
Stefanie Ringer, Vöcklabruck
DRSC-Betriebsrat, Wien
Dipl.-Ing. Dieter Rudorfer, Wien

Dr. Salman Salaheddin Nassr, Linz
Dr. Helgard Salewski, Burbach, D
Dr. Helga Samitz, Graz
Mag. Katrin Sardest, Wien
Dipl.-Ing. Haythem R. Sardest, Asten
Manfred Sauer, Wien
Univ.-Prof. Dr. Klaus Scala, Raaba
Eva-Maria und Peter Schadow, Tübingen, D
MR Dr. Johann Schätz, Stadt Haag
Prof. Anas Schakfeh, Wien
Mag. Mohamad Schanab, Wien
Elfriede Schappelwein, Linz
Isolde Schebach, Wr. Neustadt
Dr. Wolfgang Scheiber, Salzburg
Silvia Scheibner-Scherübl, Salzburg
Dr. Karl Schlintner, Purkersdorf
Gertrude Schmid, Wien
Dr. Andrea Schmidl, Alberndorf
Josef Schmidt, Wien
Dr. Yvonne Schmidt, Graz
Mag. Hermine Schreiberhuber, Wien
Dr. Camillo Schwarz, Brunn am Gebirge
Martin Schwarz, Wien

Barbara Seidl, München, D
Maximilian J. Sényi, Wien
Dr. Hans Serban, Wien
MR Dr. Karl Singer, Bad Vöslau
Maria Soldan, Laa an der Thaya
Dr. Klaus Sperlich, Wien
SPÖ Frauen, Asten
Annelore Ster
Hermine Stiedl, Wien
Dr. Roswitha G. Stiegner, Graz
Maria Stojadinov, Wien
Dr. Gerhard Struhal, Wien
Adeline Maria Sturmayer, Hartkirchen

Dr. Manfred Teiner, Wien
Mag. Johann Trafella, Kapfenberg

Sylvia Unger, Güssing
Dr. Christof Ursin, Salzburg

Dr. Heinz Vogel, Klaus

Wagner-Novak Grundstücks GmbH,
Kelberg, D
Friedl Wallner, Katzelsdorf
Elisabeth Waxenegger, Allerheiligen
Franz Weber, 3701
Weltkreis, Pfaffstätten
MR Dr. Wolfgang Wenzl, Hainburg
Dr. Margarethe Wernisch, Klagenfurt
Dr. Gerd Wichmann, Wien
Jan-Peter Wierich, Bern, CH
Mag. Josef Wieser, Trofaiach
Dr. Klaus Wiesmüller, Wien
Mag. Karl Wiltschko, Wien
Dr. Kurt und Maria Wimmer, Wien
Mag. Paul Windisch, Wien
Dr. Irmgard Woehr, Klosterneuburg

Dr. Karl Zach, Wien
Helmut Zant, Strohnsdorf
Martha Zauner, Gutau
Prim. Prof. Dr. Georg Zehetbauer, Wien
Astrid Zengin, Wien
Wolf Zimmermann, Braunatal, D

Eine Chronologie der GÖAB-Aktivitäten im Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. März 2004

18. – 28. 1.
Dienstreise von Fritz Edlinger nach Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate.

30. 1.
Arabisches Klavierkonzert von und mit Tarek Yehia Nasr im Festsaal der Bezirksvorstehung Wien-Alsergrund.

24. – 28. 2.
Dienstreise von Fritz Edlinger nach Damaskus (u.a. Gespräche mit dem Gesundheits-, dem Wissenschafts- und dem Ölminister).

4. 3.
Teilnahme von Dr. Eva-Maria Hobiger am Iraksolidaritätskonzert im WUK.

17./18. 3.
Fritz Edlinger zu diversen Gesprächen in Tirol.

18./19. 3.
Informationsveranstaltungen von Dr. Eva-Maria Hobiger bei diversen Caritas-Gruppen in Südtirol.

20. 3.
Rede von Fritz Edlinger bei der Friedensdemonstration »Die Welt sagt weiter NEIN zu Krieg & Besatzung in Irak, Palästina, Tschetschenien ...« am Stephansplatz in Wien.

25. 3.
Teilnahme von Fritz Edlinger an Podiumsdiskussion »IRAK – Ein Jahr nach Saddams Sturz: Selbstbestimmung oder US-Kolonie?« in Graz. Veranstalter: Ägyptische Gemeinde in Österreich gemeinsam mit GÖAB.

27. 3.
Klavierkonzert Tarek Nasr im Robert Stolz Museum in Graz. Veranstalter: Ägyptische Gemeinde in Österreich gemeinsam mit GÖAB.

28. 3.
Solidaritätsabend der Österreichisch-Marokkanischen Gesellschaft für die Erdbebenopfer in Marokko im Restaurant Aux Gazelles in Wien.

31. 3.
Präs. Karl Blecha, Gf. Präs. Dr. Kurt Heindl und Fritz Edlinger nehmen am Staatsbankett von BP Dr. Thomas Klestil zu Ehren des saudi-arabischen Kronprinzen in der Hofburg teil. ❖

Nicht erwähnt werden die zahlreichen Interviews und Medienauftritte, welche VertreterInnen der GÖAB in in- und ausländischen Medien absolvierten.

GÖAB-Schriftenreihe

Ich bestelle:

- Ein Jahr Al-Aqsa-Intifada – Gibt es Chancen auf eine politische Lösung?**
Azmi Bishara, Fritz Edlinger, Mustafa Hadi; Heft 34 (10/2001) € 7,50
- Palästina und die »Terrorismus«-Debatte**
John V. Whitbeck, Uri Avnery u. a.; Heft 35 (3/2002) € 7,50
- Bringen Sanktionen den Frieden? Die Irak-Politik des Westens**
Hans Graf Sponeck, Eva-Maria Hobiger u. a.; Heft 36 (3/2002) € 7,50
- Palästina: Auf dem Weg zur Demokratie – US-Nahost-Politik**
Ghassan Khatib, Seth Ackerman u. a.; Heft 37 (6/2002) € 7,50
- Arab Human Development Report 2002**
Executive Summary; Aktuelle Zeitungsberichte; Heft 38 (7/2002) € 4,50
- Palästina: Siedlungspolitik & Friedensbewegung –**
Aktivitäten israelischer und palästinensischer Friedensinitiativen
Heft 39 (8/2002) € 4,50
- Zur mediterranen Politik der Europäischen Union**
Arno Tausch; Heft 40 (10/2002) € 4,50
- Der Irak – Alternativen zu Krieg und Embargo**
Fritz Edlinger, Bernhard Graefrath, Scott Ritter, Hans Graf Sponeck,
Eva-Maria Hobiger; Heft 41 (1/2003) € 7,50
- Feinde des Friedens –**
Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern
Heimo Handl, Ludwig Watzal; Heft 42 (1/2003) € 7,50
- Der »befreite« Irak aus unmittelbarer Nähe**
Fritz Edlinger, Eva-Maria Hobiger, Walter Sommerfeld; Heft 43 (6/2003) € 10,-
- Der Nahe Osten: Zwischen Djihadismus und neuen politischen Initiativen**
Interview mit Sadik Jalal al-Azm; Heft 44 (1/2004) € 5,-
- »Das ist unser Leben ...« – Der Irak, sieben Monate nach dem Krieg**
Eva-Maria Hobiger; Heft 45 (2/2004) € 5,-

Name:

Adresse:

.....

Unterschrift:

Bitte einsenden an: GÖAB

1150 Wien, Stutterheimstr. 16–18/2/5

Fax: +43 (0)1 526 77 95